

rainer.bartel@jku.at

www.econ.jku.at/Bartel/

„momentum 10 – Solidarität“, 21. – 24. Oktober 2010, Hallstatt

Netzwerk #3: SOLIDARITÄT UND GESELLSCHAFT

Track #9: Was ist Solidarität

Ebenen und Probleme der Solidarität: eine (weitgehend) ökonomische Sicht

Vorläufige Fassung vom 14. Oktober 2010

Inhalt

1. Solidarität und Freiheit	1
2. Verschiedene Ebenen und Probleme: Solidarität	4
2.1. ... in der individuellen Privatsphäre	4
2.2. ... in der Zivilgesellschaft (kollektive Privatsphäre)	6
2.3. ... in der öffentlichen Meinung	6
2.4. ... in der Wahlzelle	7
2.5. ... in der kollektiven Umsetzung des politischen Willens	8
2.6. ... in der Subsidiarität	8
2.7. ... im Geschlechterverhältnis	9
2.8. ... in der Integration von Migrant_inn_en	11
2.9. ... in der Wachstumsdebatte (mit künftigen Generationen)	11
2.10. ... in der Verteilungsdebatte	13
3. Solidarität und politischer Erfolg	14
4. Literatur	16
5. Endnoten	19

„Der Präsident des Europäischen Parlaments Jerzy Buzek sagte bei seiner Antrittsrede ‚Ohne Solidarität keine Freiheit‘, den Spruch der polnischen Freiheitsbewegung Solidarnosc“ (Bürgerforum EUROPA 2020, Jan. 2010, S. 1).

1. Solidarität und Freiheit

Solidarität ist ein weit verbreitetes Schlagwort. Nur, ist es auch ein Begriff, mit dem genaue inhaltliche Vorstellungen verbunden sind? Der hier verfolgte Denkansatz geht von Folgendem aus:

- (1) Solidarität verbindet Stärke und Schwäche, nützt Stärke der einen für die Überwindung der Schwäche der anderen aus.
- (2) Somit steht Solidarität grundsätzlich im Gegensatz zu Wettbewerb, lässt sich begriffsinhaltlich in Kooperation einfügen.
- (3) Genauer genommen ist Solidarität eine Hilfestellung materieller (realer, finanzieller) oder ideeller Art.
- (4) Die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Solidaritätsgeberinnen müssen nicht unbedingt mit denen der Solidaritätsnehmerinnen übereinstimmen, so dass Solidarität nicht unbedingt eine marktanaloge Tauschbeziehung, also keine strategische Allianz, sein muss.
- (5) Solidarität kann also neben Strategie (mittelbare Einflussausübung auf andere zwecks künftiger Kooperation: *tit for tat*) auch durch Altruismus begründet sein (gutes Gefühl, Nutzen aus Über-Ich-Konformität). Die positive (erklärende, nicht unmittelbar empfehlende) Ökonomie tut sich aber relativ schwer mit der analytischen Erfassung von Altruismus (Simon 1993) und hilft bei der Fassung von Solidarität nicht sehr.¹ Denn
 - a. Altruismus wird als einfach aufgeklärtes Eigeninteresse angesehen. Das ist nichts anderes als Harvey Leibensteins Selbstdisziplinierungsdruck, jene Eigenmotivation, welche Über-Ich-Zufriedenheit stiftet (Leibenstein 1966). Solidarität wird mithin geübt, wenn auch vielleicht nicht gern und auch wenn das Eigeninteresse nicht dominiert. Denn sie ist eben als Norm internalisiert worden.
 - b. Altruismus erhält aus dem Prinzip der (erhofften) Reziprozität altruistischer Handlungen eine individualistisch-rationale Ausrichtung. Hiermit ist bloß die intertemporale Nutzenmaximierung angesprochen. So lässt sich Solidarität wie eine Investition in ein geplantes, freilich aber unsicheres Tauschgeschäft sehen. In wiederholten „Spielen“ ist es u. U. nützlich, Reputation eines „good guy“ aufzubauen (Bofinger 2007, Kap. 4, 9).

- c. Altruismus wird bloß durch das *good feeling of doing it* begründet, was einer inhaltlichen Begründung entbehrt. Damit wird der Solidaritätsbegriff beschnitten, auf die Maximierung des aktuellen Eigennutzens reduziert.

Die Ökonomie begründet Solidarität naturgemäß mit Eigennutzmaximierung. Also stellt sich die Frage, ob und was die positive (reine, „wertfreie“) Ökonomik und was die normative Ökonomik in konkreteren Einzelfällen zur Klärung von Solidarität beitragen kann.

Mit der normativen Ökonomik sind wir – v. a. im überindividuellen, metaökonomischen – Zielsetzungs- und Bewertungsbereich angelangt, auf der Ebene des Sozialen (i. w. S.).ⁱ Hier wird die persönliche Meinung vertreten, dass es in säkularen, human(-istisch-)en, demokratischen Gesellschaften zentral um das Verhältnis zwischen der Freiheit der Selbstverwirklichung und der Regulierung des Sozialen geht, nämlich

- a. auf individueller Ebene primär um die Befähigung, möglichst freie Entscheidungen für sich zu treffen,
- b. auf kollektiver Ebene hauptsächlich um die Befähigung, soziale Entscheidungen (i. w. S.) möglichst effizient – zweckmäßig, effektiv und kostenwirtschaftlich – zu treffen.

Solidarität würde sich in diesem Licht als *Empowerment*, als Hilfe beim *Self-Empowerment*, als Hilfe zur Freiheit, darstellen lassen. Folglich ist Solidarität auch so etwas wie Unterstützung des Widerstands gegenüber einer dem Dafürhalten nach illegitim oder sozial unzweckmäßig entwickelten Macht durch die Entwicklung einer entsprechenden Gegenmacht im Sinn von John Kenneth Galbraith (Bartel 1993). Solidarität umschließt somit auch den Bereich der Antidiskriminierung und positiven Diskriminierung – denn – inhaltliche, effektive, nicht formelle – Freiheit hat viele und starke, gut getarnte, heute v. a. neoliberale Feinde (Speth 2004).

- a. Zum einen – die Grenzen betreffend – soll es möglich sein, sich selbstbestimmt zu verhalten, soweit die Folgen der Handlungen des oder der Einzelnen oder des konsensualen Verhaltens mit PartnerInnen niemand Dritte/n unmittelbar betreffen. Das beschreibt das Prinzip des Ausschlusses so genannter externer Effekte und gibt dem politischen Postulat der staatlichen Internalisierung externer Effekte die Basis. Im reinen Fall hätten wir es mit vollkommen öffentlichen Gütern zu tun (vollständige Externalitäten).
- b. Zum anderen – die Möglichkeiten betreffend – soll Freiheit nicht bloß formell gesehen werden, um zu verhindern, dass bei bloß formeller Frei-

ⁱ Sozial im engeren Sinn meint Unterstützung (*misericordia*) aus Nächstenliebe (*caritas*), mit sozial im weiteren Sinn ist die Ebene der gesamtgesellschaftlichen Belange gemeint.

heit gesellschaftliche Strukturen jedweder Art die freie Entscheidung zu etwas implizit, aber einschränken. Scheinliberalität, wie jene des Neoliberalismus, behindert oder verhindert Selbstbefähigung und Befähigung (Bartel 2007).²

Individuelle Freiheit (ohne Produktion negativer externer Effekte) und kollektive Freiheit in Gestalt von Machtbalancen, chancengerechter Entwicklungsförderung und sozialer Wohlfahrt erfordern eine Absage an den Neoliberalismus (Bartel et al. 2006). Das erleichterte ein Aufbrechen des Konservatismus und eine Umkehrung des wirtschaftsliberalen Reaktionismus zu Gunsten sozialen Fortschritts i. w. S. Daher ist Solidarität auch ein Mittel zur Förderung sozial-liberaler (eben nicht neoliberaler) Programme.

Resümierend ist zu sagen: Solidarität

- a. lebt vom Unterschied,
- b. wird von den Ausübenden als ethisch legitim und teleologisch notwendig betrachtet,
- c. kann zuweilen als Strategie auch zur eigenen Besserstellung erklärt werden (typisch ökonomischer Ansatz),
- d. richtet sich gegen jedwede als illegitim beurteilte Machtausübung,
- e. ist ein – zum Wettbewerb diametrales – Unterfangen zur Annäherung an Gleichheit, das sich *Empowerment*, Antidiskriminierung und positive Diskriminierung zuschreiben kann (obwohl Wettbewerb als Mittel zum Machtausgleich und zur sozialen Konvergenz gesehen wird),³
- f. ist als solches ein sozial-liberales Projekt gegen den Neoliberalismus,
- g. beabsichtigt, die Position zumindest einer der beiden Solidaritätspartnerinnen mit der Aussicht auf mehr Gerechtigkeit zu verbessern,
- h. und wird zuweilen – altruistisch – Wirklichkeit, selbst wenn dabei (und das ist der interessantere, weil heiklere Fall) die Solidaritätsgeberin sogar schlechter gestellt werden sollte, es sich also um (freiwillige) Umverteilung handelt.

2. Verschiedene Ebenen und Probleme: Solidarität ...

2.1. ... in der individuellen Privatsphäre

Im Gefolge der Krise werden jene Stimmen lauter, die einen Übergang von der Marktwirtschaft zu einer Schenkwirtschaft vertreten. Was aus Freude an der Arbeit über den Selbstverbrauch oder -gebrauch hinaus produziert wird, das wird sinnvoller Weise verschenkt. Diese stark von der Realität abstrahierende und die Wirklichkeit sehr idealisierende Sicht (Bartel 2009) erinnert sowohl an die – zugegeben schöne – Utopie von Karl Marx als auch an Fiktionen wie das Say'sche Gesetz und den Homo oeconomicus. Sie alle verbindet ihre mangelnde Praktikabilität und Zweckmäßigkeit, wie die Systemexperimente auf Makroebene gezeigt haben:

- einerseits der real existierende Sozialismus in seiner Konkurrenz zur Marktwirtschaft,
- andererseits den Neoliberalismus mit seiner Konkurrenz zwischen den Standorten (Sinn 2002) und den sozialen Klassen (Feigl 2008, Schneeweiss 2008, Zuckerstätter 2008, Crompton 2010).

Ist Schenken aus Eigennutz also eine individuell-freiwillige Lösung für kollektive Sozialprobleme oder bedarf es einer kollektiv-freiwilligen (demokratischen) Lösung in Form gesetzlicher Umverteilung?

Nahezu bedingungslos erfolgte die Gesellschaftsentwicklung durch Sozialisation und Enkulturation. Diese tragen Moral weiter, wirken aber primär in Kleingruppen und reichen in ihrer Wirksamkeit im Wesentlichen nicht bis zu großen Gruppen und somit anonymen Beziehungen. Nur die (individuell zweckrationalen) „*minima moralia*“ bestimmen den Umgang mit Fremdem und Fremden; hier verläuft die Grenze der A-/Moralität.

In der Sozialphilosophie werden zwei normative Ansätze zur Lösung von Unzweckmäßigkeitsproblemen gesellschaftlicher Normierungen debattiert (Bartel 2009a):

- a. eine Tugendethik, die sich mit den Problemen und Implikationen bösen Handelns für den Handelnden beschäftigt, versus
 - b. eine Ethik der Handlungskonsequenzen für die darunter unmittelbar Leidenden, v. a. bei zügellosem, ja begeistertem Unrechtshandeln („*egregious wrongdoing*“: LeBar 2009, p. 462), das im Unglücklichsein der TäterInnen kein Korrektiv kennt. Diese Kontroverse hat freilich Auswirkungen auf die favorisierten Lösungsansätze.
- a. Die „Tatbegehungssicht“ ist ein typisch axiomatischer, moralisch-appellativer Blickwinkel, stellt die Handelnden ins Zentrum, ist eher der Moral-

philosophie oder -theologie zuzurechnen und resultiert vielmehr in Missionierung und Heilsbringung der TäterInnen, befürwortet freiwillige, hoffnungsvoll vernunftbegabte und verantwortungsvolle Lösungen in der Primärgruppe (Familie, Unternehmung, FreundInnenkreis), unabhängig von den gesellschaftlichen Strukturen und frei von staatlichem Zwang, setzt auf das positivistische Gute und die religiöse Einsicht aller Menschen guten Willens. Solche „freien“(?) Entscheidungen auf Märkten und in Familien seien meist besser als staatliche Zwänge von Seiten eines selbstselektiven und korrupten staatlichen Sektors (Booth 2009).⁴

- b. Die „Tatfolgenperspektive“ ist eine typisch systemtheoretische, politisch-ökonomische, die gesellschaftlichen Folgen bewertende Sicht, ist eher dem Kommunitarismus (Honneth 1995) zuzuschreiben und mündet konsequent in eine staatliche und als solche autoritäre Änderung der Rahmenbedingungen für das betreffende Handeln.

Waren soziale Stabilität und Ausgrenzung der Gewinnsucht bis zur Reformation durch Familie, Stände und Kirche gewährleistet, bieten diese Bedingungen keine Aussichten mehr für moderne Problemlösungen (Hubmann 2009). Hubmann (2009) zeigt darüber hinaus, dass Wirtschaftsethik trotz ihrer Position als angewandte Philosophie (speziell Sittlichkeitslehre) in keiner ihrer Ansätze einen Ausweg aus der Ethikkrise einer – durch Individualismus, Wettbewerb und materielle Anreize gekennzeichneten – Marktwirtschaft bieten kann.

Ein Einwand gegen die gesellschaftliche Abstützung auf Solidarität in der Privatsphäre kommt im Hinblick auf den Freiheitsaspekt und die Selbst-/Befähigung noch hinzu.⁵ Karitative Tätigkeiten im Rahmen des Familienverbands im Kleinen und der „Bürgergesellschaft“ im Großen schaffen – trotz der bekundeten menschenfreundlichen Absicht – faktisch soziale Abhängigkeiten statt Rechtsansprüche, Erpressbarkeit statt Sicherheit, Unfreiheit statt Entscheidungsfreiheit.ⁱⁱ Die GewinnerInnen des neoliberal angefachten Wettbewerbs um Macht und Einkommen setzen autonom die Bedingungen für die Almosenvergabe fest. Das festigt ihre Position gegenüber den Schwächeren weiter (Bartel 2009a): Diese müssen ihre Ohnmacht ebenso hinnehmen wie die Bedingungen für den Almosenempfang und für die „freiwillige“ Arbeit zu Subsistenzlöhnen („Hungerlöhnen“, *living wages*) oder Sozialhilfeleistungen (Desai 1999).

Mit ernsthaftem Blick auf eine soziale Marktwirtschaft hilft *moral suasion* (die von den Ordoliberalen strapazierte „Seelenmassage“) nicht wirklich gegen private Amoral in kollektiven Beziehungen. Noch dazu haben wir in den vergangenen drei Jahrzehnten die Diskurseⁱⁱⁱ von Wettbewerb im Alltagsleben mehr ge-

ⁱⁱ So wird etwa in einem Privathaushalt die Wohlfahrtsverteilung zwischen den PartnerInnen stark von deren Einkommensgefälle (und letztlich der jeweiligen gesellschaftlichen Norm, Rolle und Position) bestimmt. Es findet also kaum ein Nutzensausgleich zwischen den PartnerInnen statt. Vgl. Catherine T. Kenney: The Power of the Purse. Allocative Systems and Inequality in Couple Households, in: *Gender & Society* 3/2006, S. 354; Hélène Couprie: Time allocation within the Family: Welfare implications of life in a couple, in: *The Economic Journal* 1/2007, S. 287

ⁱⁱⁱ „Nun ist die politische Realität, wie jede andere auch, eine diskursiv produzierte. Der politische Raum ist ein symbolisches System, das durch Sprache aufgespannt wird“ (Misik 2005, zit. n. Bartel et al. 2006, S. 19).

lehrt bekommen als die Überredung zu sozial zuträglichen Verhalten (Koordination statt Konkurrenz) in Sonntagsreden.⁶

Verlässt sich die Gesellschaft auf die Solidarität der Privaten, hat sie ihren sozialen Gestaltungsanspruch formell aufgegeben – und gestaltet mittelbar.

2.2. ... in der Zivilgesellschaft (kollektive Privatsphäre)

Die Zivilgesellschaft ist als Unterschied zum Staatssektor als auch zur „Bürgergesellschaft“ zu begreifen und wirkt in diesem Sinn komplementär – jenseits von Markt und Staat (Nowotny 1996). Gerade deshalb besitzt sie unter den heutigen politischen Auffassungs- und Machtverhältnissen wenig Durchschlagskraft. Die Heterogenität und der Vertretungsanspruch der Zivilgesellschaft für Anliegen von Minoritäten bedingen ihre kleinteilige Organisation und daraus resultierende Ergebnisschwäche. Solidarität wird somit partiell geübt, ohne dadurch (i. w. S.) soziale Änderungen wesentlicher Tragweite erzielen zu können. Infolgedessen liegen taktische Allianzen nahe, die analog zum Stimmentausch (*log-rolling*) zwischen politischen Parteien in der Politik funktionieren (sollen). Einzigendes Merkmal ist die gemeinsame Auffassung von Machtungleichgewichten und sich daraus ergebenden – freilich hoch subjektiven – Ungerechtigkeiten. Eine vereinte Gegenmacht ist anzustreben, selbst wenn in Detailfragen unterschiedliche Auffassungen vorherrschen mögen. So können in Meinungsbildungsprozessen höheres Gewicht und in Abstimmungsprozessen jeweils partielle Mehrheiten erzielt werden (Thelen 2010).⁷ Dadurch können auch wechselseitig spezielle Schwächen und Stärken ausgeglichen werden. Ein solches Patchwork vermag tendenziell den Gesamtcharakter des Gesellschaftssystems merklich zu verändern. Es werden dadurch in den einzelnen Teilbereichen neue Standards, Standards der Solidarität, gesetzt.

2.3. ... in der öffentlichen Meinung

An der Spitze und auf oberen Ebenen der Zielhierarchie sind die Ziele naturgemäß so allgemein – Friede, Freiheit, Sicherheit, Gerechtigkeit, soziale Wohlfahrtssteigerung –, dass darüber gesellschaftlicher Konsens darüber besteht, was letztlich erreicht oder stets angestrebt und angenähert werden und als Richtschnur für untergeordnete Entscheidungen dienen soll. Auf den untergeordneten Ebenen der Zielhierarchie kommen auf Grund höherer Spezifität, Konkretheit und Komplexität zunehmend mehr und tiefgreifendere Auffassungsunterschiede zum Tragen, wie sie im ökonomisch-sozialen Raum charakteristisch sind. So wird ein „gesellschaftlicher Grundkonsens“ gesucht (Frey/Kirchgässner 2002, Kap. 2), in welcher Weise mit diesen Auffassungsunterschieden zu verfahren ist (direkte/indirekte Demokratie, einfache/qualifizierte Mehrheiten oder gar Konsenserfordernisse usw.). Solidarität ergibt sich daraus nicht zwingend, doch die Ausgestaltung der Standardverfahren und Verfahrensstandards kann einen systematischen Einfluss auf Kollektiventscheidungen

nehmen. Wo ein typisch öffentliches Gut oder meritorisches Gut betroffen ist, werden Abstimmungen im konkreten Fall eher zu individualistischen Ergebnissen führen („wozu brauch’ ma des?“). Solidarität ist in der direkten Demokratie vermutlich nicht sehr gut aufgehoben.

Anders verhält es sich mit den gesellschaftlichen Diskursen. Schlagwortartiges Ausdrücken, was gut oder schlecht, denkbar oder undenkbar, selbstverständlich oder außergewöhnlich ist, hat durch iterative Manifestation und Internalisierung normative Macht in sich. Die Herausforderung für Solidarität besteht somit darin, Stellung zu nehmen, Gegenpositionen zur etablierten Denke und Schreibe, zur konventionellen Lesart zu beziehen, zu äußern was für eine_n als generelle Auffassung selbstverständlich ist. Zivilcourage zu üben und dabei/dafür Kosten (i. w. S.) einzugehen, ist keine Selbstverständlichkeit, kein Automatismus. Durch eine Verschärfung der – unsolidarischen – Problemlage kann Solidarität gefördert werden und kann sich ansteckungsartig verbreiten und zur dominanten Auffassung von Fairness oder Gerechtigkeit werden. Sich darauf zu verlassen, mag allerdings hohe soziale Kosten (i. w. S.) haben.

2.4. ... in der Wahlzelle

Wir leben insgesamt eher in einer liberalen Gesellschaft. Wir unterliegen dem materiellen Anreizsystem, den Verführungen der Werbung, der Bequemlichkeit, der billigen Verfügbarkeit von Ressourcen und Gütern, dem dominanten Einfluss der sozialen Interaktionen und der Empathie in der *in-group* (Kleingruppe), der Versuchung des „Freifahrens“ („Schwarzfahren“, *free riding*) in der Großgruppe, der Eintönigkeit des Leidens „der großen Zahl“ etc. Ich nehme es mir deshalb heraus, Spaß am Geldverdienen und verdienten Geld zu haben, etwas zu kaufen, was angeblich *in* ist, stets den Weg des geringsten Widerstands für mich selber zu beschreiten, die billigsten Schwarzarbeiter und preisgünstigsten Güter nachzufragen, meine Mitmenschlichkeit in meinem persönlichen Umfeld zu erschöpfen, die großen Spenden für die vielen großen Probleme den anderen zu überlassen („überall kann ich ja nicht helfen“), die vielen überwältigenden Probleme weltweit einfach achselzuckend zur Kenntnis zu nehmen etc. Ich bin (selbst als Laie/Laiin) zu sehr Ökonom_in, um der individuellen Nutzenmaximierung zu entsagen.

Doch das Über-Ich stellt eine stete Forderung an eine_n und lässt nicht zu, dass sich das Gewissen gänzlich einlullen lässt, und die Herausforderungen auf der Metaebene bringen sich immer wieder in Erinnerung. Daher sehe ich effektives und auch effizientes solidarisches Verhalten darin, mein Stimmrecht einzusetzen und damit jener Partei mein Mandat zu erteilen, die sich auf der überindividuellen, politischen Ebene meiner Meinung nach am besten für Gemeinschaftsangelegenheiten einsetzt, die individuell nicht oder nicht effizient zustande kommen (öffentliche und meritorische Güter), statt für Bedingungen, die die Starken stärken.⁸ Ich äußere den politischen Wunsch, dass die Politik mich und andere zwingt, dass wir uns koordiniert solidarisch verhalten (müssen). Meine demokratische Solidarität ist womöglich Basis für eine gesellschaftliche Solidari-

tät, die mir vernünftig oder ethisch erscheint und mir immer noch einen Restfreiraum für tagtägliche Eigennutzmaximierung im erlaubten Rahmen und daher mit besserem Gewissen erlaubt. Freilich wäre es wünschenswert, dafür eine geeignete politische Partei zu kennen, welche Politik als die Kunst des Möglichen beherrscht, doch werden wir uns jeweils mit dem geringsten Übel bescheiden müssen⁹ – oder ebenselbst eine Partei gründen.

2.5. ... in der kollektiven Umsetzung des politischen Willens

Solidarität ist es auch, nach der politischen Willenserklärung auch für die konsequente Umsetzung dieser Sorge zu tragen. Wahlprogramme und Regierungserklärungen sind viel zu allgemein und großsprecherisch, um eine leichte Kontrolle in der Umsetzung zu ermöglichen. Solidarität heißt demnach, ständig, auch zwischen den Wahlen Informationen zu sammeln, zu selektieren, auszuwerten, Anspruch zu Wirklichkeit zu vergleichen, in das Ergebnis in vorzugsweise effektives, koordiniertes Kontrollverhalten umzusetzen und die politische Verantwortlichkeit einzufordern und geltend zu machen. Doch dies bringt hohe Informations- und Transaktionskosten für das Individuum. Gewichtet mit der Wahrscheinlichkeit, dass sich mein Einsatz für Solidarität entscheidend auswirkt, stehen den hohen Kosten geringe zu erwartende Erträge gegenüber. Ein Homo oeconomicus tut dies nicht; er geht aus eben diesem Grund nicht einmal zur Wahl (Downs 1957: „*voters' rational ignorance*“).

Eine Institution zur Wahrnehmung der ökonomischen Kontrolle der Politik ist in Gestalt der Rechnungshöfe großflächig vorgesehen. Dies könnte das Anreizproblem der Kontrolleffektivität und -effizienz lösen, wäre die öffentliche Finanzkontrolle sowohl ökonomisch bestens versiert und ressourcenmäßig adäquat ausgestattet, als wissenschaftsartige Instanz gesellschaftspolitisch neutral und parteipolitisch unabhängig. Doch was nützt ein von der Kompetenz und Ausstattung her starker Rechnungshof, wenn er juristisch, betriebswirtschaftlich oder politisch dominiert wird (Bartel 2002)? Ist – angesichts der schwierigen Realisierbarkeit einer Erstbestlösung – ein wissenschaftlich-dogmatischer und parteipolitischer Proporz (proportional oder invers zu politischer Stärke?) die Zweitbestlösung?

Besonders schwierig und heikel ist die Umsetzung der allgemein formulierten Grundrechte in konkrete Rechtsansprüche. Hier wäre Solidarität insofern eine Selbstverständlichkeit, als eine Grundrechte-Selbstverständlichkeit in den privaten und öffentlichen Diskursen zum Ausdruck gebracht wird.

2.6. ... in der Subsidiarität

Soziale Probleme sind nach heutigem Mainstream, wie schon bei Adam Smith und in der katholischen Soziallehre, nach dem Subsidiaritätsprinzip zu lösen. Der Staat wird als möglichst zu vermeidendes Übel (de Jasay 2010) und somit

letzter Ausweg gesehen; er hat sich weitestgehend auf – weit gefasste – Rahmenbedingungen für private Aktivitäten auch der Solidarität zu beschränken. Soziales findet im Wesentlichen in den freien und freiwilligen Entscheidungen der Individuen in Familie, Unternehmen und privaten karitativen Einrichtungen seinen Ausdruck (Booth 2009). Die Konsequenz ist, wie z. B. Galbraith (1973) kritisierte, die nahezu völlige Ausblendung von Macht und Machtmissbrauch im Privaten, im Gegensatz zur kategorischen Anprangerung des Staates für seine vorgebliche Bevormundung, seine Unfähigkeit und seine Korruption.

Rothschild (1994) sieht in der relativ engen Auslegung des Subsidiaritätsprinzips durch die katholische Soziallehre zwar auch eine weitgehende Absage an wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitische Intervention des Staates, räumt aber ein, dass Subsidiarität weiter zu fassen ist, indem sie als Hilfestellung des Staates für nachgelagerte Hierarchieebenen, gesellschaftliche Institutionen und Individuen interpretiert wird.

Eine solidarische Interpretation von Solidarität ist es daher, dass die jeweils obere hierarchische Ebene des Staates die Pflicht hat, die optimale Funktionserfüllung auf den unteren hierarchischen Ebenen zu ermöglichen, also gleichsam als Gewährleister_in des Gesamtsystems zu fungieren. Das unterscheidet sich von der engen Auslegung, dass die Verantwortlichkeit grundsätzlich auf der privaten und jeweils niedrigsten Ebene liegt und nur bei offenkundigem Funktionsversagen das notwendige Übel quasi einer Delegation nach oben in Kauf zu nehmen ist.

Wiederum spitzt sich die Ausübung und Wirksamkeit von Solidarität auf die Machtfrage und Regulierung in der sozialen Realität zu (z. B. Heinrich et al. 2010)¹⁰:

- a. private (auch machtfundierte, ökonomische, taktische) Entscheidungen und öffentliche Hände als eine Art Ausfallsbürginnen in einem Sozial(hilfe)-Staat (Desai 1999) auf der einen Seite versus
- b. definierte, erwartungssichere private Anspruchsrechte gegenüber einem gesamtverantwortlichen, wenn auch föderativ gegliederten Sozial- oder Wohlfahrtsstaat, dessen Aufgabenerfüllung durch private Solidarität ergänzt werden kann/soll.¹¹

Die Ausblendung von Machtstrukturen in privaten Institutionen der Wirtschaft und der Gesellschaft betrifft auch die folgenden Aspekte und Probleme von Solidarität.

2.7. ... im Geschlechterverhältnis

Rhonda Gottlieb schrieb 1984 einen sehr konsequenten, radikalen Beitrag mit dem damals noch eher ungewöhnlichen Titel „*The Political Economy of Sexuality*“. Inzwischen, im Licht der wirtschaftlichen Liberalisierungen, die das Politische privat machen, wissen wir, wie politisch das Private ist. Es geht so weit,

dass sich im dezentralen privaten System Machtverhältnisse herausbilden, die das Gesellschaftssystem insgesamt prägen, indem sie nicht nur die soziale Rolle der Geschlechter mit deren genderspezifischen ökonomischen, verteilungsrelevanten Konsequenzen, sogar die (zwangs-/hetero-)sexuellen Verhaltensnormen bestimmen und Emanzipationsfeindlichkeit schüren, sondern auch bis hin zur körperlichen Definition der Geschlechter reichen (und freilich überwiegend auch nur Unverständnis und Ablehnung für Trans- und Intersexualität haben), wie wir es aus der Literatur von Judith Butler^{iv} kennen. Gottlieb (1984, S. 143) erklärt "*sexuality as the unit of both human biology and psychology imbedded in a political formation*".¹²

Die Verfestigung der Geschlechterauffassungen durch Diskurse und die daraus erwachsende Enkultrierung machen Solidarität zwischen den Geschlechtern, d. h. fast ausschließlich von den Männern gegenüber den Frauen, von assimilierten Frauen zu „Emanzen“, von den heterosexuellen zu den homo-, bi-, trans- und intersexuellen Personen so problematisch.¹³ Diskriminierung nach dem Geschlecht (ebenso wie nach Ethnie und sexueller Orientierung: Müller 2010) hat in den Unternehmen Bestand (De Pater et al. 2010), selbst wenn sie sich gegen die betriebswirtschaftlichen Interessen richtet und es die Wettbewerbsintensität erlaubt (Weichselbaumer/Winter-Ebmer 2007).

Dennoch kann Solidarität im Geschlechterverhältnis gelingen, in einer jeweils situationsbedingten Auswahl von Maßnahmen, nämlich

- Dekonstruktion der konstruierten, verklausulierten Realität mit ihren verdeckten Machtkonstruktionen,¹⁴
- empirische Erhebungen und Analysen der sozialen Ergebnisse (i. w. S.), die doch eine deutliche Sprache sprechen,
- Diskurse, wie sie die Liberalen, Konservativen und Reaktionär_inn_e_n verwenden, und geschlechterkonforme Sprache und Schrift,
- „Ansteckung“ durch selbstverständliche Äußerungen im Sinn von selbstverständlicher Geschlechtergerechtigkeit und vorgelebte Beispiele („Halbe – halbe“),¹⁵
- *affirmative actions* (positive Diskriminierung) und
- nicht gescheute, breitenwirksame, fundierte Debatten über die soziale Nützlichkeit (i. w. S.), also über die sozialen Wohlfahrtseffekte der Gleichstellung (quasi: „Solidarität bringt allen etwas“).

Gerade wirtschaftsliberale Politiker_innen lehnen positive Diskriminierung prinzipiell ab. Wettbewerb schließt Solidarität aus. Doch hier geht es wiederum zentral um das „Übersehen“ der Problematik formeller Gleichbehandlung vor dem Vorhang, der Machtungleichheiten jeglicher Art verhüllt (Bartel 2007). Ein

^{iv} http://rhetoric.berkeley.edu/faculty_bios/judith_butler.html (13.10.2010)

echt liberales Anliegen müsste es doch sein, Chancengerechtigkeit herzustellen, statt blindlings vorauszusetzen. Antidiskriminierung dürfte nicht immer und überall hinreichen; es muss zuweilen positive Diskriminierung geben.

2.8. ... in der Integration von Migrant_inn_en

Sehr ähnlich gelagert wie die geschlechtsbasierte Diskriminierung (weil durch patriarchale Machterhaltungsängste getragen), doch noch problematischer (weil durch Xenophobie verstärkt), verhält es sich mit der Solidarität zu Immigrant_inn_en.¹⁶ Allerdings dürfte positive Diskriminierung nicht sehr effektiv oder könnte gar kontraproduktiv sein. Doch auch hier zeigt die Geschichte, dass Integration zur Selbstverständlichkeit werden kann.^v

2.9. ... in der Wachstumsdebatte (mit künftigen Generationen)

Solidarität kann als ein Aspekt intergenerationeller Solidarität gesehen werden. Dies wird auch immer wieder öffentlich reklamiert. Doch geht dies wissenschaftlich und politisch eher in eine problematische Richtung, nämlich statische Betrachtungsweise und ausgeglichene Staatsfinanzen.

Zum ersten gibt es überwiegend eine strikte Trennung zwischen kurz- bis mittelfristiger und langfristiger Analyse. Die langfristige Sicht setzt voraus, dass die kürzerfristigen Probleme alle gelöst seien und somit keinen Einfluss auf die langfristige Entwicklung nähmen, die allein durch so genannte langfristige Faktoren (v. a. Produktivitätsfortschritt) bestimmt würde. Doch nehmen wir den Faktor Zeit ernst, betrachten wir also die „historische Zeit“ (auch: „Kalenderzeit“) statt der „logischen Zeit“, so können wir feststellen, dass kurzfristige Entwicklungen – Probleme, die wirtschaftspolitisch zu lösen sind und mitunter einen besonders hohen Einsatz von Budgetmitteln verlangen – auch längerfristige Effekte haben und den langfristigen Wachstumspfad von Wohlstand und Wohlfahrt beeinflussen können (Bartel 2010).

Zum zweiten wird der Betrachtungshorizont dadurch verkürzt, dass natürliche Personen als Wirtschaftssubjekte hauptsächlich auf einen menschlichen Lebenszeitraum ausgerichtet sind und demgemäß denken und handeln – eben nicht so wie der Staat, dessen Lebensdauer prinzipiell unbegrenzt ist und dessen Handlungshorizont ein Menschenleben übersteigen soll (Bartel 2000, 2008).

^v „Wer dort lebte und wirkte, fühlte sich frei von Enge und Vorurteil. Nirgends war es leichter, Europäer zu sein, und ich weiß, dass ich es zum Teil dieser Stadt zu danken habe, die schon zu Marc Aurels Zeiten den römischen, den universalen Geist verteidigt, dass ich frühzeitig gelernt, die Idee der Gemeinschaft als die höchste meines Herzens zu lieben“, schreibt Stefan Zweig über das vorrepublikanische Wien, ohne allerdings Probleme generell zu negieren (Zweig 1942, S. 40).

Oft wird der Diskurs verwendet, unseren Kindern ja keine öffentlichen Schulden zu hinterlassen. Das übersieht, dass es gute Gründe gibt (wie auch in Privathaushalten und -unternehmen), die Schuldenposition nicht abzubauen, um eine Verbesserung der längerfristigen Entwicklungsbedingungen (etwa durch kreditfinanzierte Aus-/Bildungsinvestitionen) zu erreichen. Die Sache muss sich bloß rechnen – wenn nicht für uns, so für unsere Kinder (und vielleicht Kindeskin-der). Das bedeutet, dass wir durch Budgetkonsolidierung und gar Schuldenabbau unsere Nachfahren schlechter stellen können, als es durch die Hinterlassung von Staatsschulden und einer tragfähigen, guten Langfristentwicklung der Fall wäre. Man hinterlässt nicht nur Schulden, sondern auch einen bestimmten Entwicklungspfad und reales Vermögen (Gordon 1990, Kap. 13, S. 415 f.), so v. a. auch Humanvermögen.

Zum dritten wird seit den Weltressourcen(-verbrauchs)-Studien v. a. des *Club of Rome* und angesichts der Umweltproblematik im Allgemeinen immer wieder die Forderung nach einem Nullwachstum (einer Stagnation der Wirtschaft also) erhoben; das neueste Schlagwort heißt *de-growth* (Martinez Alier 2009). Dabei wird allerdings übersehen, dass ein Wachstumsstopp oder Wachstumsrückgang in den weiter entwickelten Staaten – zumindest bei unveränderten Arbeitszeiten – eine stete Zunahme der Arbeitslosenquote bedeuten würde (Blanchard et al. 2010, Kap. 10), mit all den politischen Konsequenzen der Unzufriedenheit benachteiligter sozialer Schichten.¹⁷ Und beim Wegfall entwickelter Produktionskapazitäten wäre auf Grund des Produktivitätsverlusts, der versunkenen Kosten und der interindustriellen Verflechtungen auch das Welteinkommen – zumindest mittelfristig – beeinträchtigt. Es geht also darum zu zeigen, dass es nicht darauf ankommt, wie wenig das Wachstum beträgt, sondern was wachsen soll und wie es wachsen soll. Das Wachstum im Bereich personenbezogener Dienste (Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit, Pflege, Soziales, Beratung, ...) ist bereits längst das dynamischste. Es ist zudem nicht naturressourcenintensiv und – bei entsprechender Einkommens- und Verteilungspolitik – relativ wenig sättigungsgefährdet. Darüber sollten wir aber die sachindustrielle Basis nicht vernachlässigen, da sie mit ihrem relativ hohen Produktivitätspotenzial eine materielle Basis für den (durchschnittlichen) Pro-Kopf-Wohlstand bildet.

Wir sollten also daran arbeiten, keine falsche, sondern echte Solidarität mit den künftigen Generationen zu üben. Das benötigt wiederum Bildung, Bildung, Bildung¹⁸ ... aber nicht unter dem Einfluss liberaler, konservativer und reaktionärer Diskurse, denen „gesunde Staatsfinanzen“ (beinahe) als Oberziel erscheinen, statt die Staatsfinanzen als Instrumentarium bzw. Zwischenziel zur Erreichung der Oberziele einzusetzen (Bartel 2008). Überdies sollten wir nicht länger kurz-sichtig in Nullsummenspielen denken (Thelen 2010); das ist nicht zuletzt zu lehren und zu lernen. Kritische, solide fundierte, transparente und relevante Bildung ist angesagt, sonst wird oder bleibt Solidarität hohl.

2.10. ... in der Verteilungsdebatte

„Die Frage der Verteilung durch die Märkte und ihrer Folgerungen für die Umverteilung wird vergleichsweise vernachlässigt: Verteilungsfragen seien stark normative Inhalte, denen sich eine Ökonomik, die (möglichst) wertfrei sein will, kaum widmet, sondern sie der praktischen Politik überlässt. Die ökonomische Theorie der Einkommens, die dem Mainstream zugehörige neoklassische Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung, ist einerseits eine technokratische Theorie, ordnet sie doch den einzelnen Produktionsfaktoren ihren Preis nach deren Grenzprodukt zu. Andererseits ist sie mittelbar eine Theorie der ökonomischen Gerechtigkeit, zumal der Leistungsaspekt dahintersteht, selbst wenn der Aspekt der tatsächlichen Leistungsfähigkeit (die Frage: Tüchtiger oder Glückspilz?) dabei zu kurz kommen mag.

Wenn alle wirtschaftlich-statistischen Einwendungen, die gemeinhin dagegen erhoben werden, sorgsam untersucht werden, bleibt das Faktum eines markanten Rückgangs der Lohnquote am Volkseinkommen während der vergangenen drei Dekaden unwiderlegbar bestehen (Zuckerstätter, 2008). Das bedeutet, dass seit langem die Entlohnungszuwächse des Produktionsfaktors Arbeit im Großen und Ganzen unter den Produktivitätssteigerungen bleiben. Würde fortan eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik verfolgt, könnte der Trend gestoppt, aber immer noch nicht umgekehrt werden. Was tut Not? Im Hoch sollen doch die Löhne zurückhaltend steigen, um nicht die Inflation zu sehr beschleunigen. Im Tief sollen die Löhne nur moderat erhöht, gestoppt oder gesenkt werden, um keine Arbeitsplätze zu gefährden. Ist das gerechtfertigt, weil der Ausschlag gebende Aspekt, und wo liegt dann die Untergrenze?

Vorbehalte gegen nivellierende Umverteilung sind damit begründet, dass Leistungsträgern der Anreiz zur Leistung weder genommen noch gedämpft werden soll. Denn die Belohnung der Tüchtigen erfülle die führende Rolle bei der Entwicklung der sozialen Wohlfahrt. Diese sickert dann allmählich von den Spitzen der wirtschaftlichen Hierarchie zur Basis der sozialen Pyramide durch (Trickle-Down Economy). Die Crux ist wieder einmal im empirischen Ansatz und Detail sowie – dahinterstehend – in den Werthaltungen gelegen. U. a. lehnt Joseph Stiglitz (2004) die Theorie ab, dass relativ wenige sehr reich werden müssen, damit die vielen anderen auch reicher werden können und es tatsächlich tun. Aus dieser kritischen Sicht wurde das Konzept des Pro-Poor Growth entwickelt (Essama-Nssah/Lambert, 2009), aber weder breit rezipiert noch debattiert. Andererseits ist nachhaltiges Wachstum nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch (die Massenkaufkraft als Nachfragefaktor betreffend) und sozial (durch Zufriedenheit und Frieden) zu sichern, wofür sich Österreich rühmt(e). (...)

Überdies wird der positive Zusammenhang zwischen Verteilungspolarisierung und Krisenanfälligkeit empirisch gestützt (Bartel 2003, Horn et al., 2009). Dennoch wird Differenzierung oder Polarisierung positiv gesehen, v. a. als Ergebnis des Leistungs- und Kostensenkungswettbewerbs auf der Basis schwer, kaum oder gar nicht unüberwindbarer Unterschiede zwischen den Individuen. Gibt es hier keinen Königsweg? Da ist Rationalisierung. Sie ist gut, schafft sie doch über Kostensparungen Spielraum für kostenniveau- oder verteilungsneutrale Lohnerhöhungen. Doch ist dieser Weg in so manchen Dienstleistungsberufen

und Ballungsräumen nicht gangbar, weil die Produktivität gerade persönlicher Dienstleistungen durch technischen Fortschritt oft nicht recht steigerbar ist (Baumol, 1997). Sollen etwa Pflegerinnen oder Lehrerinnen tendenziell entsprechend weniger verdienen; erscheinen uns ihre Lohnforderungen zuweilen als unbescheiden?“ (Bartel 2010, S. 388 f.).

Angesichts der langfristigen Lohnquotenentwicklung und der unterschiedlichen, nicht nur leistungsabhängigen Einkommensentwicklung im Einzelnen sowie der generellen Ablehnungsfront gegen merkliche Lohnerhöhungen und markante staatliche Umverteilung in der neoliberalen Ära bedarf es der Solidarität im Bereich Markteinkommen und Massenkaukraft sowie einer gewissen Egalisierung der Einkommens- und Vermögensverteilung.¹⁹ Letzteres bedürfte endlich einer geeigneten Datenbasis, zu der der öffentliche Wille bislang offenbar fehlt.

3. Solidarität und politischer Erfolg

Solidarische Wirtschaftspolitik als Gegenstück zum heutzutage gängigen Neoliberalismus

- legt sich ein realistischeres Menschenbild als das des immer und überall vollkommen ökonomisch rational agierenden Homo oeconomicus und erzielt daraus systematisch andere Ergebnisse und politische Schlüsse, insbesondere was Nachfragesteuerung, Arbeitsmarktpolitik und generell Marktregulierung betrifft – Märkte sind menschen- und machtbestimmt, nicht naturgegeben (Galbraith 2004/2005).
- Solidarische Wirtschaftspolitik stellt den Menschen mit seinen Bedürfnissen in den Mittelpunkt der Betrachtung, nicht die Funktionsweise eines ideellen, deduktiven Systems, das verfolgt, aber nie erreicht wird oder überhaupt realisiert werden will²⁰; zu strikt und unmenschlich sind die Bedingungen dafür.
- Sie setzt auf Verteilungs-, Auslastungs- und Einkommensfragen mindestens ebenso wie auf Effizienzgestaltung und Angebotsbedingungen.
- Solidarische Wirtschaftspolitik ist nicht markt-, wettbewerbs- oder gewinnfeindlich, betont aber, dass Märkte Institutionen brauchen, um optimal funktionieren zu können (Rodrik 2002): Verhaltensspielregeln, Stabilisierungsmechanismen sowie soziale Ausgleichsmechanismen zur Rechtfertigung der Marktergebnisse.

Marktwettbewerb muss sozial ergänzt werden, was wiederum auf Solidarität – strategischer oder altruistischer Natur – beruht. Sogar Adam Smith erkannte die

soziale Problematik von Wettbewerbsmärkten und trat für die Ergänzung des Marktmechanismus durch Institutionen ohne Gewinnstreben ein (Sen 2009). Bei der Umverteilungspolitik sollte nicht zuletzt berücksichtigt werden, die sozialen Förderungen (Transfers, Besteuerungsvorteile) eher dem Individuum zu Gute kommen zu lassen und nicht mehr so sehr der Gruppe (Familie), um persönliche Abhängigkeiten wirtschaftlicher Art hintan zu halten (Bennett 2002).

All diese Punkte brauchen Solidarität: auf den verschiedensten Ebenen, am Unmittelbarsten in der Wahlzelle und im öffentlichen Disput.

Der Abschluss der Arbeit gilt dem Verhältnis zwischen dem Solidaritätsgehalt einer Politik und ihren Wahl(-miss)-Erfolgen.

- Wie wäre es mit einer geistigen Anleihe im Neuen Testament? „Eure Rede aber sei: ja, ja; nein, nein. Was darüber ist, das ist vom Übel“ (Matthäus 5,37). Oder wäre das zu krude?

Jedenfalls könnten Konsequenz und Konsistenz helfen zu vermeiden, dass konstitutive wirtschaftspolitische Entscheidungen mit langfristigen Folgen (Budgetausgleich, z. B. Andersen/Mortensen 2010, Weise 2010) und schwer reversiblen Effekten (z. B. Privatisierungen, z. B. Bartel et al. 2008) nicht so leicht unter dem Harmonie- und Konsensdruck vom solidarischen Kurs abweichen. Doch dazu bedarf es überzeugender Auseinandersetzungen.

- Wie ist dem Killerargument gegen solidarische Aktionen „Nur nicht streiten!“ (Veit Sorger) oder „Arbeiten statt Streiten!“ (Josef Pühringer, Werner Faymann) beizukommen? Oder sollten wir nur arbeiten?^{vi} Wie (sinnvoll)?

Transparenz, sachliche und zeitliche Konsistenz sind in jedem ökonomischen Einführungsbuch als Voraussetzung für so etwas wie Politikvertrauen selbstverständlich. In der Praxis offenbar nicht, wo das „Zurückrudern“ legendär ist. Gibt es politische Glaubwürdigkeit, die das Vertrauen in und die Wertschätzung für die Politik hochhält (Hendriks 2009), oder hat die (eigentlich grundlegend reaktionäre) *Public Choice Theory* (Mueller 1989) vielleicht nicht doch Recht?

^{vi} „Ohne Dissens (...) können keine Gestaltungsalternativen entwickelt werden“ (Krondorfer (2008), in: UNILEX, 1-2, S. 49, zit. n. Wolfgang Weigel und Christian Cenker (2010), Universitätsranking, in: *Personalvertretung*, 1-2, S. 12.

4. Literatur

- Andersen, Simon Calmar / Mortensen, Peter B. (2010), Policy Stability and Organizational Performance: Is There a Relationship? In: *Journal of Public Administration Research and Theory* (20), 1, 1-22
- Archer, Candace / Fritsch, Stefan (2010), Global fair trade: Humanizing globalization and reintroducing the normative to international political economy, in: *Review of International Political Economy* (17), 1, 103-128,
http://pdfserve.informaworld.com/300422_919591992.pdf
- Bartel, Rainer (1993), Öffentliche Finanzkontrolle als politische Machtkontrolle: Eine ökonomische Fundierung, in: *Politische Vierteljahresschrift* (34), 4, 613-639,
www.econ.jku.at/members/bartel/files/PVS.pdf
- Bartel, Rainer (2000), Volkswirtschaft und Staat als Firmen? In: *Kurswechsel* (15), 2, 91-99
- Bartel, Rainer (2002), Anreizmechanismen für eine effiziente Finanzkontrolle, in: Engelbert Theurl et al. (Hrsg.), *Kompendium der österreichischen Finanzpolitik*, Springer-Verlag, Wien, New York 2002, S. 184-207
- Bartel, Rainer (2007), Liberalisierung als Machttransfer: politische Instrumentalisierung der Märkte und das Wohl oder Weh der KonsumentInnen, in: Karl Kollmann und Manfred E.A. Schmutzer (Hg.), *Mächte des Marktes*, Wien: Verlag Österreich, 43-63,
www.staff.tugraz.at/manfred.schmutzer/pdf/Maechte_des_Marktes.pdf
- Bartel, Rainer (2008), Öffentliche Finanzen – wieder einmal anders betrachtet, in: *WISO* (32), 3, 143-183, http://www.isw-linz.at/media/files/2_2008/LF-Bartel_02_08.pdf
- Bartel, Rainer (2009), Keine Experimente, in: *WISO* (32), 3, 116-122
- Bartel, Rainer (2009a), Sex und Gender: Freiheit in Zeiten von Konservatismus und Neoliberalismus, Arbeitspapier, Dezember, Bereitstellung auf Anfrage
- Bartel, Rainer (2010), Am Scheideweg: Durch die Krise werden Grundfragen der Ökonomie virulenter, in: *Wirtschaftspolitische Blätter* (57), 3, 379-400
- Bartel, Rainer/Kepplinger, Hermann/Pointner, Johannes (2006), *Besser als Neoliberalismus: Solidarische Wirtschaftspolitik*, Wien: Verlag des ÖGB
- Bartel, Rainer / Kepplinger, Hermann / Pointner, Johannes (2008), (Teil-)Privatisierung öffentlicher Gemeinwirtschaft im Strombereich und das Beispiel der Energie AG Oberösterreich, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* (34), 2, 215-253
- Bennett, Fran (2002), Gender implications of current social security reforms, in: *Fiscal Studies* (23), 4, 559-584
- Blanchard, Olivier / Amighini, Alessia / Giavazzi, Francesco (2010), *Macroeconomics – A European Perspective*. Harlow (UK) etc.: Prentice Hall (Pearson Education)
- Bofinger, Peter (2007), *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. Einführung in die Wissenschaft von Märkten*, 2. Aufl., München etc.: Pearson Education
- Booth, Philip (2009), Catholicism and Capitalism, in: *Economic Affairs* (29), 3, 63-67

- Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (2000), Gouvernamentalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien, in: dies. (Hrsg.), *Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 7-40
- Carden, Art / Hall, Joshua (2010), Why are some Places Rich while Others are Poor? The Institutional Necessity of Economic Freedom, in: *Economic Affairs* (30), 1, 48-54, <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1468-0270.2009.01973.x/pdf>
- Chambers, Dustin (2010), Does a rising tide raise all ships? The impact of growth on inequality, in: *Applied Economics Letters* (17), 6, 581-586
- Crompton, Rosemary (2010), Class and Employment, in: *Work, Employment and Society* (24), 1, 9-26, <http://wes.sagepub.com/content/24/1/9.full.pdf+html>
- De Jasay, Anthony (2010), Inspecting the Foundations of Liberalism, in: *Economic Affairs* (30), 1, 6-12, <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1468-0270.2009.01966.x/pdf>
- De Pater, Irene E. / Van Vianen, Annelies E.M. / Bechtoldt, Myriam N. (2010), Gender Differences in Job Challenge: A Matter of Task Allocation, in: *Gender, Work & Organization* (17), 4, 433-453
- Desai, Meghnad (1999), Well-Being and the Politics of Time, in: *The Review – The Journal of Social Market Foundation*, Sep., 11-12
- Downs, Anthony (1957), *An Economic Theory of Democracy*, New York: Harper and Row
- Engel, Antke (2008), Gefeierte Vielfalt. Umstrittene Heterogenität. Befriedete Provokation. Sexuelle Lebensformen in spätmodernen Gesellschaften, in: Rainer Bartel et al. (Hg.), *Heteronormativität und Homosexualitäten*, Wien – Innsbruck – Bozen: StudienVerlag, 43-63
- Feigl, Georg (2008), Europäisierung, Internationalisierung und funktionelle Einkommensverteilung, Tagungsbeitrag zu momentum'08 – Gerechtigkeit, http://momentumkongress.org/images/beitraege/track2/feigl_beitrag.pdf
- Galbraith, John K. (1973), Power and the Useful Economist, in: *The American Economic Review* (63), 1, 1-11
- Galbraith, John K. (2005), *Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs: Vom Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft*, Berlin: Siedler Verlag, Übersetzung von *The Economics of Innocent Fraud: Truth for Our Time*, Boston – New York 2004: Houghton Mifflin Company
- Gordon, Robert J. (1990), *Macroeconomics*, 5. Aufl., Glenview (ILL): Harper Collins
- Gottlieb, Rhonda (1984), The Political Economy of Sexuality, in: *Review of Radical Political Economics* (16), 1, 143-165
- Hendriks, Frank (2009), Contextualizing the Dutch drop in political trust: connecting underlying factors, in: *International Review of Administrative Sciences* (75), 3, 473-491
- Honneth, Axel (Hg.) (1995), *Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*, 3. Aufl., Frankfurt a.M., New York: Campus-Verlag
- Köhler, Klaus (2009), Die Glaubwürdigkeit der Freiheit. *Berliner Rede 2009*, 24. März, http://files.globalmarshallplan.org/pr/koe_903.pdf, S. 5
- LeBar, Mark (2009), Virtue Ethics and Deontic Constraints, in: *Ethics* (119), 4, 642-671

- Leibenstein, Harvey (1966), Allocative Efficiency versus X-Efficiency, in: *The American Economic Review* (56), 3, 392-415
- Martinez Alier, Joan (2009), Options for Socially Sustainable Economic Degrowth, in: Socially Sustainable Economic Degrowth, Leida Rijnhout und Thomas Schauer (Hg.innen), http://www.clubofrome.at/archive/degrowth_brussels.pdf
- Misik, Robert (2005), Verräter können flexibel sein, in: *derStandard.at*, 20. Sep., 18:57 MESZ
- Mitgutsch, Waltraud Anna (1985), *Die Züchtigung*, Roman, 4. Aufl., München 1991: dtv
- Mueller, Dennis C. (1989), *Public choice II. A revised version of Public choice*, Cambridge: Cambridge University Press
- Müller, Hans Christian (2010), Wie sich Gleichberechtigung im Wettbewerb auszahlt, in: www.Handelsblatt.com, 11. Jan., <http://www.handelsblatt.com/politik/nachrichten/diskriminierung-wie-sich-gleichberechtigung-im-wettbewerb-auszahlt;2508832>
- Nowotny, Ewald (1996), *Der öffentliche Sektor. Einführung in die Finanzwissenschaft*, 3. Aufl., Berlin etc.: Springer-Verlag
- Reiner, Christian (2010), Österreich und seine Regionen im Standortwettbewerb, Vortrag in der Reihe „WIFO extern“, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, 28. Jan., Abstract
- Rodrik, Dani (2002), After Neo-liberalism, What? non-technical paper, Harvard University, 19. Nov., Abdruck aus der *Economic Times*, 9. Nov., www.ksg.harvard.edu/news/opeds/2002/rodrik_neoliberalism_et_11902.htm
- Rothschild, Kurt W. (1994), Subsidiarität aus ökonomischer Sicht, in: Alois Riklin, Gerard Battliner (Hg.), Subsidiarität. Ein interdisziplinäres Symposium, *Liechtenstein Politische Schriften*, Bd. 19, Vaduz: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft, 195-202
- Schneeweiss, Sonja (2008), Globalisierung und Verteilung. Empirische Analyse und politische Schlussfolgerungen, Tagungsbeitrag zu momentum'08 – Gerechtigkeit, http://momentum-kongress.org/images/beitraege/track2/schneeweiss_beitrag.pdf
- Sen, Amartya (2009), Capitalism Beyond the Crisis, in: *The New York Review of Books* (56), 5, www.nybooks.com/articles/22490, 1-9
- Simon, Herbert A. (1993), Altruism and Economics, in: *The American Economic Review* (83), 2, 156-161
- Sinn, Hans-Werner (2002), Der neue Systemwettbewerb, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* (3), 4, 391-407
- Speth, Rudolf (2004), *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, Studie der Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf: Eigenverlag, www.boeckler.de/pdf/fof_insm_studie_09_2004.pdf
- Thelen, Kathleen (2010), Economic regulation and social solidarity: conceptual and analytic innovations in the study of advanced capitalism, in: *Socio-Economic Review* (8), 1, 187-207, <http://ser.oxfordjournals.org/content/8/1/187.full.pdf+html>

- Weichselbaumer, Doris/Winter-Ebmer, Rudolf (2007), The Effects of Competition and Equal Treatment Laws on the Gender Wage Differential, in: *Economic Policy* (22), April, 235-287, www.econ.jku.at/members/WinterEbmer/files/papers/printed-papers/economic%20policy.pdf
- Weise, Kristian (2010), Coming Austerity-Regime Poses Danger to Vision of a Good Society, blog in: *Social Europe Journal*, 11. Oct., http://www.social-europe.eu/2010/10/coming-austerity-regime-a-great-danger-to-good-society/?utm_source=feedburner&utm_medium=feed&utm_campaign=Feed%3A+goodsociety+%28Social+Europe+Journal+%C2%BB+Good+Society+Debate%29
- WISO (2007), Schwerpunktausgabe Solidarische Wirtschaftspolitik, 1 (März), www.isw-linz.at/2007.html#a1270
- Woods Jr., Thomas E. (2010), Some Common Misconceptions in Discussion of Markets and Morality, in: *Economic Affairs* (30), 1, 21-26, <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1468-0270.2009.01968.x/pdf>
- Ziegler, Meinrad (2008), Einleitung: Heteronormativität und die Verflüssigung des Selbstverständlichen – theoretische Kontexte, in: Rainer Bartel et al. (Hg.), *Heteronormativität und Homosexualitäten*, Wien – Innsbruck – Bozen: StudienVerlag, 13-23
- Zuckerstätter, Josef (2008), Arbeit oder Kapital. Ist die funktionale Einkommensverteilung überhaupt von Bedeutung? Tagungsbeitrag zu momentum'08 – Gerechtigkeit“, http://momentum09.org/images/beitraege/track2/zuckerst%E4tter_beitrag.pdf
- Zweig, Stefan (1942), *Die Welt von gestern. Erinnerungen eines Europäers*, 43. Aufl., Frankfurt/Main 2003: Fischer-Verlag

6. Endnoten

¹ “Since the mid-1990s fair trade has gained consumers and public attention, but international political economy (IPE) scholars have had little to say about this new phenomenon. Since the fair trade concept is based on consumer behavior that incorporates moral and ethical choices, it cannot easily be explained by mainstream IPE theories which are predominantly based on the rational actor model” (Archer/Fritsch 2010, S. 103).

² “To (...) deny the political character of the modern corporation is not merely to avoid the reality. It is to disguise the reality. The victims of that disguise are those we instruct in error. The beneficiaries are the institutions whose power we so disguise. Let there be no question: Economics, so long it is thus taught, becomes, however unconsciously, part of an arrangement by which the citizen or student is kept from seeing how he is, or will be, governed” (Galbraith 1973, 6).

“Once power is made part of our system, we will not of course escape the political contention that comes from dealing with issues that are real. I do not plead for partisanship in our economics but for neutrality. But let us be clear as to what is neutral. If the state must be emancipated from economic interest, a neutral economics would not deny the need. This is what economics now does. It tells the young and susceptible and the old and vulnerable that economic life has no content of power and politics because the firm is safely subordinate to the market and to the state and for this reason it is safely at the command of the consumer and citizen. Such an economics is not neutral. It is the influential and invaluable ally of those whose exercise of power depends on an acquiescent public.

If the state is the executive committee of the great corporation and the planning system, it is partly because neo-classical economics is the instrument for neutralizing suspicion that this is so" (Galbraith 1973, 10 f.).

³ „Menschen reagieren unterschiedlich auf Leistungsdenken

Während die einen beflügelt werden, sollte bei den anderen Spaß bei der Erfüllung einer Aufgabe in Aussicht gestellt werden

Urbana-Champaign - Menschen, die sich in ihrer Arbeitsweise tendenziell am Erreichen eines Spitzenergebnisses orientieren, erfüllen Aufgaben nicht immer am besten. Forscher der University of Illinois berichten im ‚Journal of Personality and Social Psychology‘, dass andere Menschen unter bestimmten Bedingungen ebenfalls zu Höchstleistungen fähig sind. Das sei etwa dann der Fall, wenn in Aussicht gestellt wird, dass die Erfüllung einer Aufgabe Spaß bereitet.

Folgt man den Theorien der Forscher rund um die Psychologin Dolores Albarracín, so gibt es zwei verschiedene Reaktionsmuster auf die Aufforderung zu einer Höchstleistung. ‚Manche Menschen fühlen sich angestachelt und geben sich tatsächlich besondere Mühe. Bei manchen sinkt dabei jedoch die Motivation‘, so die Studienleiterin. Diejenigen, die der zweiten Gruppe angehörten, wollten nicht grundsätzlich Leistung verweigern. ‚Bloß die Zielsetzungen der Menschen sind andere.‘

Untersuchungen

Eine Versuchsreihe lieferte den Nachweis für diese Behauptung. Leistungsorientierte Probanden erfüllten Aufgabenstellungen besser, wenn sie unwillkürlich Wörter wie ‚Gewinn‘, ‚Können‘ oder ‚Stärke‘ lasen. Dazu blendeten die Forscher diese für so kurze Sekundenbruchteile auf einem Computermonitor ein, dass eine bewusste Wahrnehmung gar nicht möglich war. Menschen mit allgemein geringer Leistungsorientierung verschlechterten in Folge ihre Arbeitsweise.

Bei einem weiteren Experiment hatten allerdings die wenig Leistungsorientierten die Nase vorne - trotz Beibehaltung der unterschwellig Botschaften. Das war der Fall, sobald man den Versuchspersonen mitteilte, die Aufgabe würde Spaß bereiten. Die unbemerkte Bombardierung mit den Leistungsaufforderungen habe bei den Ehrgeizigen das Verlangen nach Spaß unterbunden, interpretieren die Autoren das Ergebnis. Bei fehlendem Ehrgeiz sei das umgekehrte der Fall gewesen.

‚Konkurrenz- und Leistungsdenken kann Menschen sehr stark demotivieren, besonders wenn sie ihr Wohlbefinden höher als ihre Leistungsfähigkeit bewerten‘, so Albarracín. Der Grund dafür könne beispielsweise darin liegen, dass sie im Moment lieber etwas anderes tun würden, zum Beispiel, sich gut zu unterhalten. ‚Das ist kein schlechtes Ziel‘, betont die Psychologin. (pte)

Links

University of Illinois: [Those less motivated to achieve will excel on tasks seen as fun](#)

[Journal of Personality and Social Psychology](#)“ (derStandard.at, 21.01.2010).“

⁴ Nach traditioneller amtskirchlicher Auffassung liegt die Würde des Menschen in der Wahrnehmung seiner Entscheidungsfreiheit insbesondere in der Familie, aber auch auf dem Markt und in der (altruistischen) Bürgergesellschaft. Selbstinteresse ist positiv besetzt, Eigensucht eine moralisch verwerfliche Übersteigerung dessen. Eigensucht soll durch Nächstenliebe ersetzt werden und findet ihre Begrenzung im Marktmechanismus selbst, wo sie am wenigsten Schaden anrichten kann, weil Markttransaktionen auf Freiwilligkeit und Friedlichkeit beruhen. Zudem bedarf Selbstinteresse zu seiner optimalen Verfolgung der Unterstützung der anderen durch Förderung deren Selbstinteresses. An Marktproblemen sind also verwerfliche oder unzulängliche Verhaltensweisen schuld, keine Strukturen jeglicher Art. Besonders gefährlich ist Eigensucht in öffentlichen – staatlichen – Ämtern, die mit Hoheitsgewalt verbunden sind (Booth 2009).

⁵ Das ungleiche Verhältnis zwischen Stark und Schwach beruht ganz allgemein auch auf dem schiefen Machtverhältnis zwischen wirtschaftlich relativ gut abgesicherten Institutionen und vergleichsweise verletzlichen Individuen: etwa den Beziehungen zwischen dem Unternehmen und der oder dem Beschäftigten, zwischen den anbietenden Unternehmen und der die Konsumauswahl treffenden Person, zwischen dem Familien- oder Gesellschaftsverband und den in Bedürftigkeit geratenen Menschen bzw. Familien.

⁶ „So etwas wie die Gesellschaft gibt es nicht. (...) Es gibt einzelne Männer und Frauen, und es gibt Familien“ (Margaret Thatcher, zitiert nach derStandard.at, 13. 10. 2005).

Ex-Bundespräsident Horst Köhler (2009, S. 5) schlägt hingegen den Bogen zu staatlichem Aktivismus und Paternalismus, indem er auch den Staat auffordert, im Interesse aller, nicht nur der Eigenen (wer immer dies auch ist), zu agieren:

„Freiheit ist ein Gut, das stark macht. Aber es darf nicht zum Recht des Stärkeren werden. Denn das ist der Haken an der Freiheit: Sie kann in denjenigen, die durch sie satt und stark geworden sind, den Keim der Selbstüberhebung legen. Und die Vorstellung, Freiheit sei auch ohne Verantwortung zu haben. Freiheit ist kein Vorrecht, die besten Plätze für sich selbst zu reservieren. Wir wollen lernen, Freiheit nicht nur für uns zu nehmen, sondern sie auch anderen zu ermöglichen. Die Glaubwürdigkeit der Freiheit ist messbar: in unserer Fähigkeit, Chancen zu teilen.“

⁷ Kathleen Thelen (2010, S. 202) sieht dafür eine günstige Bedingung: *“(...) the politics of change in advanced capitalism today are mostly not about outright dismantling of traditional institutions, but about more subtle manoeuvring within existing constraints.”* Das erlaubt selbst in einer traditionell eher konservativen Gesellschaft größere Möglichkeiten für partielle Allianzen.

⁸ „Sie hörte sich an, was der Herr Religionslehrer über die Arbeiterklasse zu sagen hatte, und wie sich der Pfarrer am Wahlsonntag bei der Predigt ereiferte, von der Kanzel herunter, aber er war ja schon lange zu faul, auf die Kanzel zu steigen, hinter dem Speisgitter also, wer rot wählt, sündigt gegen Gott, der sollte von Rechts wegen exkommuniziert werden. Politik von der Kanzel herunter, weil Religion die Politik der Wohlhabenden ist, um das zu verstehen, brauchte man weder Theologie noch Politik studiert zu haben, dazu genügten acht Klassen Volksschule und lebenslanges Sichabstrampeln und Nichtherauswurschteln-Können. Sie wählte dann doch wieder schwarz, aus Angst vor der Strafe Gottes und weil man doch selbst auch nach Besitz trachtete und man sich auch nicht so ganz mit der Arbeiterklasse, dem vierten Stand, dem letzten Stand, dem letzten Dreck identifizieren wollte. Aber daß man der letzte Dreck war und es keine Sprossen zum Klettern mehr gab, das wußte sie damals schon, und nächstes Mal würde sie auch rot wählen, sie war nur in der Wahlzelle wieder schwach geworden“ (Mitgutsch 1985, S. 205).

⁹ *“Politics is not the art of the possible. It consists in choosing between the disastrous and the unpalatable”* (Softpanorama – (slightly sceptical) Open Source Software Educational Society, http://www.softpanorama.org/Skeptics/Quotes/famous_galbraith_quotes.shtml, 3.8.2010).

¹⁰ *“(...) government control and democratic responsiveness are loosening and that the public sector is evolving into a “state of agents,” where government authority is widely dispersed and diluted and accountability to the public is weak. Although we find that the government exercises very limited oversight of for-profit and nonprofit “agents of the state,” we also show that the organizational structures and incentives that governments establish to promote service quality, efficiency, equity, and effectiveness play a vital role in program and service outcomes, even if governments are not engaging directly in service provision”* (Heinrich et al. 2010, p. i3).

¹¹ „Man kann die Kranken nicht einfach wegschicken“

VON ROSA WINKLER-HERMADEN | 12. April 2010, 10:39

In einer kleinen Ordination im Süden Wiens können sich Menschen ohne Krankenversicherung behandeln lassen

Die Fabrikhallen sind grau, die angrenzende Südosttagente laut. Unweit der Busstation lockt ein großer Baumarkt mit Fünf-Jahres-Garantien auf elektrische Geräte und wirkt dennoch verlassen. Kaum jemand ist zu Fuß unter-

wegs, und wenn, dann ist der Blick zum Boden geneigt. Inzersdorf heißt dieser Stadtteil im Süden Wiens. Er besticht nicht gerade durch seine optischen Reize. Dennoch kommen Menschen aus aller Welt hierher. Aber nicht als Touristen oder Geschäftsleute. Sie sind krank, haben keine Krankenversicherung und suchen Hilfe.

Gleich hinter dem Baumarkt befindet sich das Katastrophenhilfezentrum des Österreichischen Roten Kreuzes. Im Erdgeschoß hat vor einigen Jahren eine kleine Ordination des Diakonie-Flüchtlingsdienstes eröffnet. Dreimal pro Woche können sich Menschen ohne Krankenversicherung bei "Amber Med" umsonst behandeln lassen und erhalten Medikamente, ohne Geld dafür zu bezahlen. Österreicher machen nur einen sehr kleinen Teil der Patienten aus, denn die meisten sind versichert. Asylwerber und Migranten fallen aber oft durch die Maschen des Sozialnetzes und werden hier aufgefangen.

Insgesamt sind 98,8 Prozent der in Österreich lebenden Personen krankenversichert. Rund 100.000 Personen müssen aber ohne Versicherung auskommen.

Keine Arbeitsgenehmigung für Rumänen und Bulgaren

Es ist ein sonniger Tag. Ein junger Mann mit Zahnschmerzen ist zu früh dran. Er hat auf der Parkbank vor der Ordination Platz genommen und wartet, bis geöffnet wird. Er ist 16 Jahre alt, kommt aus Bulgarien und war schon öfter da, sagt er. Personen aus den neuen EU-Ländern Rumänien und Bulgarien besuchen 'Amber Med' meist deshalb, weil sie in ihrer Heimat zwar versichert sind, ihre Krankenversicherung für kleine Eingriffe in Österreich aber nicht bezahlt. Aufhalten dürfen sie sich seit der EU-Mitgliedschaft zwar in Österreich, offiziell arbeiten aber nicht. Erst 2011 ist die Übergangsfrist zu Ende und Rumänen und Bulgaren erhalten eine Arbeitserlaubnis. Finden sie dann tatsächlich einen Job, werden sie auch ins Versicherungssystem aufgenommen.

Mehr als 20 ehrenamtliche Ärzte

Heute hat eine Allgemeinmedizinerin Dienst bei 'Amber Med'. Die mehr als 20 Ärztinnen und Ärzte, die regelmäßig helfen, arbeiten ehrenamtlich in der Ordination. Auch die Dolmetscher und Arzt-Assistentinnen erhalten kein Geld für die Hilfe, die sie hier leisten. Die Ordination hat dreimal pro Woche geöffnet. Carina Spak, Sozialarbeiterin und organisatorische Leiterin der Ordination, achtet darauf, dass mindestens ein Arzt pro Ordinationstag anwesend ist. Die Zahl der Patientenkontakte hat im vergangenen Jahr zugenommen. Spak überlegt deshalb, einen weiteren Ordinationstag einzuplanen.

2009 haben sich mehr als 800 Personen an die Ordination gewandt, mehr als 2600 Behandlungen sind erfolgt. Zwei Prozent der Patienten sind Österreicher, neun Prozent sind 'sans Papiers' bzw. bestehen über sie keine weiteren Angaben. 36 Prozent sind Migranten oder EU-Bürger, die restlichen 53 Prozent der Patienten sind Asylwerber.

Aus der Grundversorgung gefallen

Auch der junge Bengale, der mit schmerzverzerrtem Gesicht im Wartezimmer Platz genommen hat, ist Asylwerber. Vor einigen Jahren bekam er bei einem Fußballmatch einen Stoß im Brustbereich ab und spürt die Auswirkungen bis heute. Begleitet wird er von einem befreundeten Landsmann aus Bangladesch, der für ihn übersetzt, denn seine Deutsch-Kenntnisse reichen nicht aus.

Krankenversicherung hat der junge Mann deshalb keine, weil er zwar als Asylwerber ins Land gekommen ist und somit theoretisch auch Grundversorgung erhalten würde. Nur wurde er in einem Heim, das sich nicht in Wien befindet, untergebracht und dort wollte er nicht bleiben. Die Wege zur medizinischen Versorgung sind am Land oft weit. Er lebt jetzt in Wien bei Bekannten, ist deshalb aus der Grundversorgung gefallen und hat damit auch seine Krankenversicherung verloren.

Aus Angst vor einem Negativbescheid nehmen es viele Asylwerber in Kauf, aus der Grundversorgung zu fallen. Sie wollen in Österreich bleiben, weil sie sich hier im Gegensatz zu ihrem Heimatland sicher fühlen.

Medikamentendepot des Roten Kreuzes

Die Ärztin schaut sich die Röntgenbilder der Lunge, die der Bengale mitgebracht hat, an. Es sind keine Verletzungen zu erkennen. Die Ärztin vermutet aber, dass der Muskel nach wie vor unter Mitleidenschaft gezogen ist und verschreibt deshalb Vitaminpräparate. ‚Wahrscheinlich ist das auch ein bisschen psychosomatisch‘, sagt sie. Die Medikamente erhält der Bengale gleich vor Ort. Neben der Ordination befindet sich das Medikamentendepot des Österreichischen Roten Kreuzes, wo die Patienten ihre Medizin gratis abholen können.

Oft sind Asylwerber auch deshalb nicht krankenversichert, weil ihr Asylantrag abgelehnt wurde, sie aber in Berufung gehen. Sie sind ‚abgelehnte Asylwerber‘, wollen aber dennoch im Land bleiben. Carina Spak von Amber Med sagt dazu: ‚Jeder der zu uns kommt, wird behandelt.‘ Oft kommen in Österreich, obwohl sie eigentlich nicht hier sein dürften. Trotzdem sieht sie es als ihre Pflicht an, zu helfen: ‚Die Menschen sind nun mal hier und man kann die Kranken nicht einfach wegschicken. Wir sind für alle da. Ihnen muss geholfen werden.‘

(...)

Busfahrt als Hindernis

Aber für viele ist das dennoch schon die erste Hürde, wenn es darum geht, hierher nach Inzersdorf in die Ordination zu kommen. Man muss mit dem Bus fahren, was wiederum mit Kosten verbunden ist. Die Ärzte können mit ihren Autos vor dem Haus parken und das ist zumindest für sie ein Anreiz, um in ihrer Freizeit für die kranken Asylwerber und Flüchtlinge da zu sein. Relativ wenig Lohn für ihre hier geleistete Gratis-Arbeit. (Rosa Winkler-Hermaden, derStandard.at, 12.4.2010)

Links: [Amber Med](#)“

¹² „Papst ‚warnt‘ vor homosexuellen Partnerschaften

‚Der Weg des Menschen kann nicht von der Willkür oder vom Verlangen bestimmt sein‘, so Papst Benedikt über homosexuelle Partnerschaften und bedauert eine Haltung der Geringschätzung gegenüber Religion

Rom - Am Montag hat Papst Benedikt XVI. vor Gesetzen gewarnt, die in Europa und in den USA homosexuelle Lebenspartnerschaften regeln. ‚Die Geschöpfe unterscheiden sich voneinander und können entweder geschützt oder aber auf verschiedene Weise in Gefahr gebracht werden, wie es unsere alltägliche Erfahrung zeigt‘, sagte das Kirchenoberhaupt bei seiner traditionellen Neujahrsaudienz für Diplomaten.

‚Einer dieser Angriffe erfolgt durch Gesetze oder Projekte, die im Namen des Kampfes gegen die Diskriminierung die biologische Grundlage der Unterscheidung der Geschlechter anzutasten versuchen. Damit beziehe ich mich z.B. auf europäische oder amerikanische Länder‘, führte der Heilige Vater aus und fügte hinzu: ‚Der Weg des Menschen kann nicht von der Willkür oder vom Verlangen bestimmt sein, sondern muss vielmehr darin bestehen, dem vom Schöpfer gewollten Gefüge zu entsprechen.‘

Haltung der Geringschätzung

Der Heilige Vater kritisierte auch, dass sich vorwiegend in westlichen Ländern in den Bereichen der Politik und der Kultur sowie in den Medien eine Haltung der Geringschätzung und eine Feindseligkeit gegenüber der Religion breit mache. (APA)“ (derStandard.at, 11.01.2010, 15:49 MEZ).

¹³ „Der Mensch kann in der natürlichen Welt nicht leben; er macht sie sich mit seinen Konstruktionen bewohnbar. Diese menschliche Leistung gründet auf den Diskursen, die uns mit ihren Darstellungen nahe legen, wie die Welt der Dinge ‚wirklich‘ ist, wie wir sie wahrzunehmen und zu denken haben. Die Überzeugungskraft und Macht der Diskurse beruht auf drei Prinzipien (Foucault 1974): Diskurse arbeiten mit Prozeduren der Ausschließung und des Verbotes – wir hätten nicht das Recht, bei jeder Gelegenheit alles zu sagen. Sie arbeiten zweitens mit dem Prinzip der Grenzziehung und Verwerfung – es gäbe vernünftige und wahnsinnige Redeweisen; was die „Verrückten“ uns zu sagen hätten, sei ohne Bedeutung. Und drittens vermitteln uns die Diskurse Vorstellungen darüber, was falsch und was richtig ist, oder vielleicht genauer: was wir als wahr betrachten wollen und welche institutionelle Macht uns verbürgt, dass eine Wahrheit die höchste ist“ (Ziegler 2008, S. 17).

Foucaults Konzept der *Gouvernementalität* ist diesbezüglich insofern hilfreich, als es nicht nur die unhintergehbare Eingewobenheit in Machtverhältnisse hervorhebt (Foucault 1983), sondern darüber hinaus auf Formen des Handelns aufmerksam macht, die auf andere einwirken, nicht indem sie diese zwingen, sondern indem sie deren Eigenaktivitäten aktivieren (Engel 2008, S. 51).

„Warum sollte es nötig sein, individuelle Freiheiten und Gestaltungsspielräume einzuschränken, wenn sich politische Zwecke wesentlich 'ökonomischer' mittels individueller 'Selbstverwirklichung' realisieren lassen“ (Bröckling et al. 2000, S. 30).

„Hierbei kommt den 'Technologien des Selbst' prominente Bedeutung zu, denn sie sind als doppeldeutige, doppelt bedeutsame Machtmechanismen zu verstehen: Mittels der Selbsttechnologien sind die Subjekte zugleich Produkte, aber auch Ausübende der Macht gegenüber sich selbst“ (Engel 2008, S. 51).

„Dekonstruktion greift in die herrschenden traditionellen Mechanismen ein, die Welt zu denken und zu konstruieren. Sie pluralisiert die Bedeutungen (...). Die alten Begriffe werden damit nicht völlig aufgegeben. Es wird ihnen die Eindeutigkeit und Selbstverständlichkeit genommen“ (Ziegler 2008, S. 18).

¹⁴ „Feministisch, aber nicht nur für Mädchen

Seit den 80ern setzt sich der Verein EfEU für die Sensibilisierung von Sexismen in Erziehung, Schulen und Bildung ein

Schule prägt, so viel steht fest. Viele können sich beispielsweise noch an diverse Übungsdialoge in Englisch erinnern oder an Bilder in den Schulbüchern, die das Rechnen oder Lesen lernen anschaulicher und leichter machen sollten - und gleichzeitig damit Rollenklischees vermittelten. Da auch PädagogInnen oder GestalterInnen von Unterrichtsmaterialien nicht außerhalb unserer Gesellschaft leben, werden noch immer traditionelle Rollenbilder in der Erziehung und im Unterricht reproduziert. Eine Gruppe engagierter Lehrerinnen hat sich 1986 dem zu diesem Zeitpunkt noch wenig thematisierten Thema Diskriminierung in den Schulen angenommen und "EfEU - Der Verein zur Erarbeitung feministischer Erziehungs- und Unterrichtsmodelle" gegründet. Als Ziel hat sich der Verein die "Sensibilisierung für Sexismen in Schule, Bildung, Erziehung und Gesellschaft zwecks Veränderung der bestehenden Geschlechter-Machtverhältnisse" gesteckt. EfEU ist eine in Österreich und im deutschsprachigen Europa einzigartige Organisation, die den Schwerpunkt Gender und Bildung hat.

Noch nicht alles wunderbar

Obwohl durch die Einführung der Koedukation (in Österreich 1975) die formale Gleichstellung von Mädchen und Buben begonnen hatte, konnten geschlechtsspezifisch unterschiedliche Berufsentscheidungen und Lebensplanungen nur wenig verändert werden. Eine Problematik, die bis heute besteht. Dennoch hat sich einiges seit der Gründung von EfEU getan: „Im Laufe der Jahre ist das Thema sicher präsenter geworden, es gibt viel Unterstützung für diesen Bereich. Das beginnt mit konkreten Materialien, die Lehrpersonen vom Bildungsministerium anfordern können, über gesetzliche Rahmenbedingungen wie das Unterrichtsprinzip Erziehung zur Gleichstellung von Frauen und Männern oder den didaktischen Grundsatz bewusste Koedukation im Lehrplan. Außerdem gibt es Websites, die zum Thema Bildung und Gender viele Informationen liefern, Aktionen wie den Girls und den Boys Day, und vieles mehr“, so Renate Tanzberger, Mitarbeiterin bei EfEU seit zwanzig Jahren, gegenüber *dieStandard.at*. „Wenn man sich allerdings einzelne Schulen anschaut, kann nach wie vor der Eindruck entstehen: Es hat sich sehr wenig getan. Und auch auf der institutionellen Ebene ist in Sachen gendergerechter Unterricht und Erziehung noch nicht alles wunderbar. Auch bei der Aus- und Fortbildung für PädagogInnen gibt es noch Bedarf“, beanstandet Tanzberger.

In welchem Ausmaß angehende LehrerInnen mit Genderthemen in Berührung kommen, hängt von der jeweiligen Ausbildung ab, eine verpflichtende Auseinandersetzung mit Gender oder Diversity gib es nicht. „Für SchulleiterInnen ist allerdings ein Nachweis über eine Fortbildung zu Gender und Diversity verpflichtend“, so Tanzberger.

Für Mädchen schon genug getan?

In Sachen Benachteiligung im Unterricht kamen in den letzten Jahren auch zunehmend Buben in den Fokus, die Expertinnen von EfEU stehen diesem Diskurs kritisch gegenüber. ‚Sicher wären mehr Männer in der Pädagogik gut, so könnten beispielsweise breitere Rollenbilder entstehen und das ist auch wünschenswert. Schwierig wird es allerdings, wenn in dieser Debatte Frauen abgewertet werden oder wenn es in die Richtung geht, dass für Mädchen ohnehin schon genug getan worden wäre. Zu dem Argument, dass die Vernachlässigung von Buben an deren Noten abzulesen sei, muss auch gesagt werden, dass sie trotzdem später im Beruf besser verdienen. Nichtsdestotrotz ist Bubenarbeit wichtig, eine Initiierung von Buben in alte männliche Rollenbilder ist aber bedenklich. Ebenso darf der Fokus aufgrund von Bubenarbeit nicht von den Mädchen abgezogen werden‘, ist Renate Tanzberger überzeugt.

Unterricht auf feministisch

Im Übrigen sind ‚geschlechtssensible Unterrichtsmaterialien‘, ein Themengebiet des Vereins, nicht nur für Mädchen wichtig. ‚Es geht darum, Unterrichtsmaterialien zu entwickeln, die Geschlechterrollen thematisieren. Das Feministisch, das auch in unserem Titel vorkommt, der schon vor über 20 Jahren formuliert wurde und heute vermutlich anders lauten würde, steht für eine gesellschaftskritische Sicht, dass Machtverhältnisse berücksichtigt werden sollen und dass das Thema Erziehung oder Unterricht nicht individualisiert werden darf. Ich stehe somit nach wie vor zu dem Feministisch in unserem Titel‘, so Tanzberger.

Der Arbeitsbereich von EfEU hat sich seit den 80er Jahren über die ursprünglichen Intentionen hinausentwickelt. EfEU ist inzwischen mit den Bereichen Kleinkindpädagogik, Schule, außerschulischer Jugendarbeit und Erwachsenenbildung befasst und unter anderen als Vernetzungsträgerin der Plattform ‚Gegen die Gewalt in der Familie‘ im Bereich Gewaltprävention tätig. Auch Berufsorientierung, Gender- und diversitysensible (Hochschul- bzw. Schul-) Didaktik, Schul- und Interaktionsforschungen und die Verknüpfung von Gender und (sozialer, kultureller) Herkunft sind mittlerweile wesentliche Arbeitsgebiete des Vereins. Die verschiedenen Aufträge, von Gender-Expertisen bis zur Konzeption und Organisation von Tagungen, tragen zum Erhalt des Vereins bei. Die Serviceeinrichtungen (Beratung, Bibliothek,...) werden durch eine Grundsubvention des Frauenbüros der Stadt Wien, des Bildungsministeriums und des BKA Frauen finanziert. (beaha, *dieStandard.at*, 13.01.2010)“ (08:37 MEZ).

¹⁵ „Immer hat ein einziger optischer, sinnlicher Eindruck mehr Macht über die Seele als tausend Zeitungsartikel und Broschüren“ (Zweig 1942, S. 449).

¹⁶ „‚Ausländer‘ - das wichtigste Thema

Die, die sich des Themas offensiv, nicht defensiv, humanitär, aber ohne falsche Illusionen, realistisch, aber nicht zynisch annehmen, die werden die Zukunft bestimmen

Jetzt ist ihnen doch der Schiach angegangen, unserer Regierungskoalition (um im Jargon der allgemeinen Volkstümelung zu bleiben) und sie versuchen, in der Asylertaufnahmезentrumsanwesenheitspflichtsdebatte den tödlichen Koalitionsstreit wieder einzufangen.

Die Innenministerin aus der Welt der oberösterreichischen Erbhof-Vierkantschädeln und der Verteidigungsminister aus dem burgenländisch-kroatischen Pendlermilieu sollen auf Geheiß ihrer Parteichefs den verheerenden Eindruck wieder beseitigen, dass diese Regierung in der wichtigsten Frage der Republik inhaltlich am Ende ist.

Ja, die ‚Asylanten‘-Zuwanderer-, ‚Ausländer‘-Frage ist die wichtigste des Landes. Weil sie einerseits die politische Kultur für die nächsten 20 Jahre bestimmen und darüber entscheiden wird, ob wir in einem Klima triumphierender Rechtsextremisten leben werden; und weil sie andererseits auch die wirtschaftliche Zukunft mitentscheiden wird. Wenn wir weiter erlauben, dass 20 bis 25 Prozent der jüngeren Menschen ein Dasein als schlecht ausgebildete, der einfachsten Kulturtechniken kaum fähige Unterschicht mit ‚Migrationshintergrund‘ führen, dann werden wir schlicht und einfach abgehängt.

Die Regierungen der letzten 20 Jahre haben es fertiggebracht, die Tatsache, dass Österreich ein Einwanderungsland wurde, zu verdrängen. Sie haben auf den Zustrom - sei es Asylanten, sei es legale Zuwanderer - mit Realitätsverweigerung reagiert. Und mit allmählichem, dann immer schnelleren Nachgeben gegenüber den Hassparolen der Haider/Strache-Rechtsextremen und der einschlägigen Medien, vor allem der Krone.

Sie waren mit einem Epochenwechsel konfrontiert und haben auf die uralten Rezepte des österreichischen Untertanengeistes zurückgegriffen: strengere Gesetze, bürokratische Schikanen, Repression. ‚Einsperrn‘ ist alles, was Frau Fekter einfällt. Aber schlimmer, viel schlimmer noch: Sie sind hilflos. Sie ahnen, dass sie mit der Realität - ein Drittel der Wiener Bevölkerung hat ‚Migrationshintergrund‘ - nicht fertig werden; aber sie versuchen keinen grundlegenden Neuanfang.

Die Wahrheit ist: in den letzten 30 Jahren wurden billige Arbeitskräfte aus archaischen Gesellschaften hergeholt und sich selbst überlassen. Das ist jetzt so und man muss das managen - besser als vor 100 Jahren, als die jüdische und slawische Zuwanderung nach Wien mörderische Folgen hatte.

Es ist auch zu schaffen, wenn man die Aufgabenstellung erkennt und nicht verdrängt, wie es mit wenigen Ausnahmen bisher offizielle Politik war. Die Politik müsste nur aufhören, den Verhetzern nachzugeben, sie müsste alle Energien investieren, um die neue Situation zu erklären. Die Zuwanderung kann nicht mehr rückgängig gemacht werden, wer das behauptet, ist ein Idiot oder Verbrecher. Asyl ist zu managen, z. B. in vielen kleineren Zentren. Der Politiker/die Politikerin, die Partei, die sich des Themas offensiv, nicht defensiv, humanitär, aber ohne falsche Illusionen, realistisch, aber nicht zynisch annimmt, die werden die Zukunft bestimmen“ (Hans Rauscher, DER STANDARD Printausgabe, 13.01.2010, derStandard.at, 12.01.2010, 19:20 MEZ).

¹⁷ „In diesem Jahr 1923 verschwanden die Hakenkreuze, die Sturmtruppen, und der Name Adolf Hitlers fiel beinahe in Vergessenheit zurück. Niemand dachte mehr an ihn als einen möglichen Machtfaktor. Erst nach ein paar Jahren tauchte er wieder auf, und nun trug ihn die brausende Welle der Unzufriedenheit rasch hoch. Die Inflation, die Arbeitslosigkeit, die politischen Krisen und nicht zum mindesten die Torheit des Auslands hatten das deutsche Volk aufgewühlt. Ein ungeheures Verlangen nach Ordnung war in allen Kreisen des deutschen Volkes, dem Ordnung von je mehr galt als Freiheit und Recht. Und wer Ordnung versprach – selbst Goethe hat gesagt, dass Unordnung ihm unlieber wäre als selbst eine Ungerechtigkeit –, der hatte von Anbeginn Hunderttausende hinter sich. Aber wir merkten noch immer nicht die Gefahr“ (Zweig 1942, S. 409 f.).

¹⁸ „Die ökonomische Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat zu einer signifikanten Aufwertung des Faktors Humankapital in OECD Staaten geführt. Erstens hat der partielle Wachstumsbeitrag von Humankapital im Einklang mit den Voraussagen der neuen Wachstumstheorie zugenommen und zweitens hat sich die Mobilität von hochqualifizierten Arbeitskräften erhöht. Beides zusammen führt zu einem internationalen und interregionalen Standortwettbewerb um knappes Humankapital. Traditionellerweise ist Standortpolitik jedoch auf die Attraktion von Finanz- und Sachkapital fokussiert. Demgegenüber wird im Vortrag gezeigt, dass eine neue Form der Standortpolitik im Entstehen ist, welche explizit darauf abzielt, die regionale Wettbewerbsfähigkeit im Wettbewerb um Humankapital zu erhalten bzw. zu erhöhen. (...) ‚Brain Competition Policy‘(...)“ (Reiner 2010, Abstract).

¹⁹ Dem halten Liberale etwa Folgendes entgegen:

“We (...) argue that economic freedom is the key to prosperity. (...) Specifically, removing obstacles to the exercise of economic freedom is an important step towards prosperity” (Carden/Hall 2010, p. 48).

Doch auch diese Sicht ist deutlich zu relativieren:

“(...) the impact of past economic growth on current inequality is examined in a group of nations with widely differing initial incomes. Regardless of a nation's initial development, past economic growth stimulates inequality over short and medium-run periods. However, in the long-run, inequality in developed and developing nations reacts differently to comparable rates of economic growth. Specifically, inequality declines with growth in developing nations, while rising with growth in developed nations” (Chambers 2010, p. 581).

²⁰ *“Liberal justice is rooted in a system of conventions. They arise spontaneously as behavioural equilibria that bring mutual advantage to those adopting them. They protect life, limb, property and the pursuit of peaceful purposes, and require the fulfilment of reciprocal promises. Collective choice, where some impose choices on others who submit, violates liberal justice and reduces the set of freedoms. Liberalism and democracy are incompatible as organising principles and 'liberal democracy' is a contradiction in terms”* (de Jasay 2010, p. 6).

“The market has a moral dimension; economics, the study of the marketplace, does not. Economics deals with a world of scarcity, not a Garden of Eden in which all that is necessary to get what we want is a willingness to demand it. Discussions of morality and market, if they are to be fruitful, must recognise these basic facts” (Woods Jr. 2010, p. 21).